

LINKS DER NEISSE

**Kleine Hilfe beim
Homeschooling**



www.dielinke-sachsen.de/homeschooling



Vorstellung der Bundestagswahlkampagne 2017 | Fotograf: Martin Heinlein | CC BY 2.0

Das Wahljahr 2021 wird richtungsentscheidend für die deutsche Politik sein. In sechs Bundesländern stehen Wahlen an.

mehr dazu auf Seite 3



Kreisparteitag und Kreiswahlversammlung zur Kommunalwahl 2019

Auch der Kreisverband Görlitz entscheidet den Kreiswahlversammlung erneut zu verschieben - die aktuelle Corona-Lage und die Hoffnung auf eine Besserung der Lage bis März sorgt dafür, dass die **Kreiswahlversammlung** nun am **27. März 2021** im **Bürgerhaus Niesky** statt finden soll.

Dies ist der letztmögliche Termin, an dem die Versammlung stattfinden kann.

mehr dazu auf Seite 9



Mehr auf Seite 7

**Für eine Welt
in der alle Menschen
selbstbestimmt leben
und teilhaben können.**

Inhalt:

Editorial	S. 2
Europäische Linke	S. 4
Bundespoleitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

„Nichts ist so beständig wie der Wandel“
Heraklit

Und nach vielen Jahren wandelt sich nun die Links der Neisse und vieles wird neu. Damit es auch weiter geht, wird eure Hilfe benötigt - wie und wie es weiter geht, das erfahrt ihr auf Seite 2.

ZERO COVID

Gemeinsam
runter
auf Null

Für eine
solidarische
#ZeroCovid-
Strategie.

zero-covid.org

Liebe Genossinnen und Genossen,

2020 war ein Jahr, dass wohl sehr gut als außergewöhnlich bezeichnet werden kann. Wir wurden in der Partei, aber auch im Privaten vor besonders große Herausforderungen gestellt und mussten viele Probleme meistern, die wir vor der Pandemie so gar nicht auf dem Schirm hatten. Eines dieser Probleme war für uns als Kreisvorstand im letzten Jahr ganz klar die Frage: Wie geht es weiter mit der Links der Neiße. Es wurden diverse Ideen und Konzepte überlegt, gegeneinander abgewogen und diskutiert - mit dem Ziel sie dann auf dem Kreisparteitag im letzten Jahr mit euch zu diskutieren und eine Entscheidung zu fällen.

Dann hat uns Corona - wie so häufig im letzten Jahr - einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Entscheidung, wie es mit der Zeitung weiter geht, konnte nicht in dem Maß mit eurer Beteiligung getroffen werden - denn ein weiter so wie bisher oder ein sterben lassen wollte keiner von uns.

Und - jetzt ist sie fertig entworfen und gesetzt, geschrieben, Korrektur gelesen und überarbeitet - die „neue“ Links der Neiße. Alle 2 Monate informieren wir euch auf 12 Seiten über wichtige Themen aus Europa, der Bundespolitik und unserem sächsischen Landesverband. Natürlich dürfen auch die wichtigsten Ereignisse aus unserem Kreisverband und aus der Kommunalpolitik nicht fehlen. Neu wird es in jeder Ausgabe einen Bericht aus der letzten Kreisvorstandssitzung geben, so dass ihr einen Einblick in die Arbeit erhaltet und nicht erst auf den Rechenschaftsbericht auf dem Kreisparteitag warten müsst. Besonders freue ich mich auf eure Rückmeldung zur neuen „Letzten Seite“. In den nächsten Ausgaben wollen wir dort auch gerne mehr auf linke Kultur- und Literatur eingehen und ihr findet dort auch eine weitere Neuerung... und ich hoffe ihr habt dann auch viel Spaß beim Rätseln.

Das Ganze setzt dieses Jahr dann eine neue Redaktion um. Vielen Dank dabei an Sabine Kunze, Heike Krahl und Sebastian Schwalbe, denn ohne eure Unterstützung hätte sich diese Ausgabe der Links der Neiße auf gar keinen Fall realisieren lassen.

Aber - wir brauchen auch noch mehr Hilfe. Auch wenn wir schon ein großartiges Team haben, werden weitere Gesichter gebraucht. Da wir auch noch mehr eigene Artikel in der Zeitung haben wollen, braucht es umso mehr helfende Hände. Meldet euch am besten bei uns.

Für alle die mitwirken wollen:

Die nächste **Redaktionssitzung**, an der ihr teilnehmen könnt, findet am: **23. Februar, um 10:00 Uhr online** statt. Wenn ihr teilnehmen möchtet, gebt uns ein Zeichen (am besten per E-Mail oder persönlich an einen der Menschen aus der Redaktion).

Wenn ihr erst einmal nur Artikel schreiben möchtet, aber nicht an der Redaktionssitzung teilnehmen möchtet oder könnt, dann ist der **Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe der **15. März um 23:59**.

Und wenn ihr einfach nur Ideen habt oder Anmerkungen und Kritik zu dieser Ausgabe - schickt sie uns auch sehr gerne an die E-Mail-Adresse: **linksderneisse@dielinke-goerlitz.de**

Tja... wie komme ich dann am besten zum Schluss... ich hoffe, Ihr seid alle gut ins Jahr 2021 gekommen und ich wünsche euch viel Spaß dabei, diese Ausgabe der Links der Neiße zu lesen... und natürlich: Lasst uns motiviert, kämpferisch und solidarische für ein gutes Wahljahr 2021 streiten - auch wenn dieser Wahlkampf anstrengend und garantiert auch anders als die letzten Jahre wird.

Solidarische Grüße und bleibt gesund.

Euer



Mathias Fröck



Das Wahljahr 2021 wird richtungsentcheidend für die deutsche Politik sein. In sechs Bundesländern stehen Wahlen an. Dazu leitet die Bundestagswahl das Ende der Merkelära ein. Wir als Kreisverband der LINKEN stecken mitten in den Wahlvorbereitungen für die Bundestagswahl. Dabei macht uns Corona bei der Terminfindung zu schaffen, aber damit müssen wir umgehen – andere stehen vor den gleichen Herausforderungen. Besonders gefährdete Menschen, Pfleger*innen, Verkäufer*innen, Beschäftigte in der Gastronomie, Alleinerziehende Eltern und viele mehr müssen weitaus größere Lasten tragen. Die folgenden Betrachtungen beziehen sich auf die gesamte Bundespartei, sind aber auch für den Kreisverband hilfreich.

Die Linke hat bei den letzten Wahlen sowohl zur AfD hin, wie bei der Bundestagswahl 2017, als auch zu den Grünen hin, wie bei der Europawahl 2019, Stimmen verloren. Zudem konnte sie bei gesteigerter Wahlbeteiligung absolut nicht mehr Stimmen gewinnen. Wir haben mittlerweile die Herausforderung zwischen gut ausgebildeten, oftmals städtischen, Wähler*innen sowie unsicher beschäftigten und von Armut gefährdeten/betroffenen Menschen zu vermitteln. Wenn es uns gelingt diese beiden Positionen zu verbinden/einzubinden, können wir unsere Prozenze halten. Zugewinne werden aufgrund der Konkurrenz aktuell schwierig, sind aber nicht unmöglich.

Worum geht es also? Jan Korte hat in seinem Buch „Die Verantwortung der Linken“ (erschienen 2020) insgesamt acht Punkte hervorgehoben, von denen drei besonders hilfreich für die Vorbereitung der Wahl sind: Arbeit an der eigenen Sprache, eine neue Erzählung für die Zukunft und Realisierung einer Regierungsoption. Er plädiert für einen aufgeklärten Populismus in der Sprache. Ausbeutung, Knochenjob, Sklavenarbeit statt Leiharbeit das sind die Begriffe, die die Menschen verstünden. Daher ist es wichtig von Schwimmbädern, einem Bus der oft genug und auch am Wochenende kommt, von einer nahen Kaufhalle, bezahlbaren Tierparks und Zugtickets sowie erreichbaren Ärzten statt von öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu sprechen. Eine neue Erzählung der Zukunft müs-

se radikal und realistisch sein, ganz im Sinne von Rosa Luxemburgs reformorientierter Tagespolitik ohne die große gesellschaftliche Veränderung aus den Augen zu lassen. Wir brauchen also eine „Erzählung“, wofür die LINKE steht. Wie sehen unsere Dörfer und Städte aus, wenn wir regieren. Wie abgesichert sind die Menschen durch linke Politik? Wir müssen Hoffnungen wecken, dass es sich mit der LINKEN besser leben lässt. Kitas, Pflege, Freizeit werden bezahlbar. Hartz-IV wird abgeschafft und eine Arbeitslosenversicherung eingeführt mit der Wohnung, Kultur und Bildung bezahlt werden können. Dazu muss auch klar sein: diejenigen, die seit Jahrzehnten ihr Vermögen aufgrund der Ausbeutung von Arbeitskräften, durch reiche Erbschaften oder Gewinne an Börsen in Milliardenhöhe erhalten haben, müssen ihren gerechten Beitrag zur Gesellschaft leisten. Es muss klar sein: mit der LINKEN musst du dir vor Jobverlust keine Sorgen machen, kannst du in einer gesunden Natur leben, du bekommst einen guten Lohn und musst keine Armut im Alter befürchten.

Dafür brauche es aber eine Regierungsoption. Unser Ziel ist die Verbesserung der Leben der Vielen und nicht die Erhöhung der Gewinne der Wenigen. Dabei müssten wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Wissenschaft, Kunst und den Aktiven der Sozial- und Umweltbewegungen zusammen kämpfen.

Klaus Dörre, Professor für Arbeits- und Industriesoziologie in Jena, empfiehlt der Linken, dass wir als Hauptakteur der längst überfälligen Nachhaltigkeitsrevolution sichtbar werden müssen. Dabei sei besonders die soziale Nachhaltigkeit zu betonen, die mit den Verbesserungen für die Umwelt einherzugehen habe. Wir sollen daher Beschäftigungsgarantien und ambitionierte Weiterbildungen in den Branchen fordern, die vom Strukturwandel betroffen sind. Sorgende, pflegende, erziehende, bildende Tätigkeiten müssen stark aufgewertet werden. Auch die Verteilung von Vermögen von oben nach unten sowie die Umverteilung bei der Entscheidungsmacht (Wirtschaftsdemokratie) stellt er hervor. Die Beschäftigten sollen mehr Mitsprache bei Unternehmensentscheidungen erhalten. Dazu soll dramatisiert werden: wirtschaftlich und ökologisch stehen wir mitten in einer Zangenkrise. Um da raus

zu kommen, müssen wir Veränderungen in Regierungsverantwortung erreichen. Die Zielgruppen seien passgenau anzusprechen. Der Wahlkampf drehe sich um die Zukunft der Gesellschaft.

Horst Kahrs, Referent der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung, macht mit Blick auf die letzten Bundestagswahlen klar: linke Stammwähler*innen werden prozentual zu allen Wähler*innen der Partei immer weniger. Die Menschen sind bei der Wahl eher bereit zu wechseln und ständig auf Suchbewegung. Ihre „ideologische Bindung“ hat abgenommen. Deswegen werden Fragen der Regierungskonstellation und taktische Entscheidungen immer wichtiger. Wählbare Personen sollen mit Programmen, bei denen etwas für die Wähler*innen herauspringt mit entsprechender Durchsetzbarkeit der Forderungen antreten. Die Erhebungen zu den Einstellungen der Wähler*innen der LINKEN zeigt klar: Menschen sollen in ihren sozial-ökonomischen und kulturellen Bedarfen abgesichert sein, Leistung solle sich lohnen, Anrechte durch Geburt, beispielsweise aus großen Erbschaften, werden abgelehnt und Gleichheit in Einkommen und Vermögen ist wichtig. Nicht mehr zu rechtfertigende Einkommen, wie von Manager*innen in Millionenhöhe, oder Gewinne aus Aktien in Milliardenhöhe werden abgelehnt. Für den Alltag der meisten Menschen bedeutet aber die Corona-Krise einen großen Bruch. Hier müsse zukünftig Sicherheit geschaffen werden. Für die großen ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ist daher zu vermitteln, dass es mit der LINKEN eine sozial abgesicherte Zukunft aller Menschen gibt. Nur diejenigen, die mehrere Millionen oder Milliarden an Vermögen haben, sollten ihr Eigentum nicht zu sehr in Sicherheit wiegen.

Mit diesen Gedanken ist der inhaltliche Kompass der Linken für die Bundestagswahl ausgerichtet. Lasst uns nun gemeinsam daran arbeiten, konkrete Punkte zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Vielen zu finden. Danach lasst sie uns zu den Leuten bringen und gemeinsam mit ihnen über unsere Vorschläge ins Gespräch kommen – mit einer verständlichen Sprache und mit der Hoffnung für eine bessere Zukunft mit den LINKEN.

No Pasaran gegenüber Trump's Putschisten!

Ein Präsident Donald Trump treu ergebener Mob, stürmte am Mittwoch [dem 6.1.21] das Kapitol und stoppte damit die Auszählung der Wahlmännerstimmen durch den Kongress, mit dem der Sieg des gewählten Präsidenten Joe Biden bestätigt werden sollte. Trump verlor die Wahl mit einem Unterschied von mehr als 7 Millionen Stimmen. Seine Klagen wurden von vielen Richtern abgelehnt und dennoch schaffte aber er es, seine Anhänger davon zu überzeugen, dass er die Wahl nur aufgrund von Betrug verloren hätte.

„Die gestrige Gewalt im Kapitol ist eine Warnung vor der Stärke und der Ermächtigung der Rechten unter Donald Trumps Regierung und fordert alle, künftig ernsthafter die Bedrohungen der Demokratie vorzubeugen. Die Linke muss jetzt zusammen mit allen anderen demokratischen Kräften mobilisieren, um den wachsenden Einfluss der Rechten einzudämmen und diesen Prozess zugunsten von mehr Demokratie für alle Menschen umzukehren“, kommentiert Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken.

„Der Hauptverantwortliche für die Situation - fährt er fort - ist Trump selbst, der sehr deutlich gemacht hat, dass er an



Randalierer auf den Treppen des Kapitols | Bildquelle: www.wikipedia.org | CC BY-SA 4.0

der Macht bleiben will, und den Protest seit Wochen ermutigt. Die Übernahme des Kapitols durch die rechtsextreme Menge ging mit einer völligen Passivität von Polizei und Sicherheitskräften einher. Das Muster wiederholt sich hier: Linke Demonstranten werden mit Brutalität behandelt, während die ausgehenden Drohungen von rechten Demonstranten ignoriert werden. Ich hoffe, dass es den Amerikanern schließlich gelingt, eine friedliche Machtverschiebung herbeizuführen, die Integrität der Demo-

kratie zu wahren und die Verantwortlichen für das Chaos und die Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen“, fügt Bierbaum hinzu.

Der Kongress bestätigte den Sieg des gewählten Präsidenten Joseph R. Biden am frühen Donnerstagmorgen, Stunden nach den Ereignissen im Kapitol. Immer mehr Demokraten fordern Trumps Amtsenthebung.

Übersetzter Artikel von www.european-left.org

DSA: Blankoscheck oder Leitplanken für Monopole?



Martin Schirdewan

Am 15.12.20 stellte die EU-Kommission den Digital Services Act (DSA) vor. Dazu erklärt Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Linksfraction THE LEFT im Europäischen Parlament und Shadow-Mitglied im zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und

Verbraucherschutz (IMCO):

„Der Digital Services Act bietet die Möglichkeit, den digitalen Binnenmarkt aufzuräumen. Der negative Einfluss dominanter Player wie Airbnb auf Wohnungsmärkte ist bereits weltweit erkennbar, dem ist Einhalt zu gebieten. Neue gesetzliche Regelungen im DSA müssen den Datenaustausch zwischen Behörden und Plattformen garantieren, damit Regulierungen nicht mehr durch fehlende Transparenz unterwandert werden können.“

„Die Neuordnung des digitalen Binnenmarktes sollte sich in die Transformation zu einer sozial-digitalen Gesellschaft einreihen. Dies beinhaltet, die Marktmacht der Monopole zu brechen und deren Geschäftsmodell zu ändern und

zu regulieren. Kleine- und mittlere Unternehmen sowie Start-Ups dürfen nicht weiter vom Markt verdrängt werden. Deshalb muss es die Pflicht zu einer vollständigen Interoperabilität zwischen verwandten digitalen Diensten geben. Die Abschaffung von Lock-In-Effekten bekämpft die Marktdominanz der Big Tech-Unternehmen.“

„Digitalkonzerne müssen endlich ihren gerechten Beitrag an der gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Dazu gehören gute Löhne und gute Arbeit für alle Mitarbeiter*innen genauso wie eine starke Digitalsteuer. Eine gerechte Besteuerung von Amazon, Facebook und Co. erreichen wir nur, wenn endlich die Steueroasen in der EU geschlossen werden.“

Pressemittteilung von MdEP Martin Schirdewan

Corona-Bonus für alle Beschäftigten in Lausitzer Kliniken!

Foto von
Anke Illing



„Es ist ein Armutszeugnis der Corona-Politik der Bundesregierung, dass die Corona-Prämie bei den Beschäftigten die besonders viel leisten, nicht ankommt. Die Beschäftigten der Kliniken in der Lausitz, wo aktuell die höchsten Infektionszahlen zu finden sind, gehen weitestgehend leer aus. Das ist nicht akzeptabel!“ erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Berichterstattung in der Sächsischen Zeitung, dass die Beschäftigten in den Kliniken des Kreises Bautzen vom Corona-Bonus der Bundesregierung gänzlich nicht profitieren. Lay weiter: „Es ist der Grundfehler des Corona-Bonus, dass nur Kliniken anspruchsberechtigt sind, die in der ersten

Lockdown-Phase hohe Patientenzahlen versorgt haben. Damit werden die Beschäftigten in den Regionen benachteiligt, die zwar im Frühjahr glimpflich durch gekommen sind, sich nun aber täglich einer hohen Infektionsgefahr aussetzen und extreme Arbeitsbelastungen haben. Sie gehen leer aus.

DIE LINKE hat diese Regelung von Beginn an kritisiert. Wir fordern vielmehr einen Corona-Bonus für alle nicht-ärztlichen Beschäftigten in den Krankenhäusern von 1500 Euro finanziert aus dem Bundeshaushalt. Nur das wäre gerecht! Zusätzlich streiten wir für dauerhaft 500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege, auch nach der Krise.“

Pressemitteilung MdB Caren Lay

Der Siebente - der etwas andere Parteitag.

Nachdem der Erfurter Parteitag im letzten Herbst aufgrund der anhaltenden Corona-Epidemie verschoben und später abgesagt werden musste, wird der Parteitag nun am 26. und 27. Februar 2021 stattfinden.

Aufgrund der aktuellen Pandemielage findet der Parteitag komplett online

statt. Der Parteivorstand hat sich dazu vor allem aufgrund der Rückmeldungen aus den verschiedenen Landesverbänden entschieden.

Insgesamt wird dieser Parteitag also ganz anders sein, als alle bisherigen. Klar muss irgendwie ermöglicht werden, dass jede*r Delegierte daran teilneh-

men kann, was vor allem in manchen ländlichen Regionen Schwierigkeiten bereiten kann - aber in diesem etwas anderen Parteitag liegt auch eine Chance - nämlich als Partei die Chancen der Digitalisierung langfristig für mehr Beteiligung zu nutzen.

Mathias Fröck

Zero Covid - ein Appell für einen europäischen Lockdown

Maßnahmen wie in Deutschland und anderen EU - Staaten müssen ins Lee- re laufen. Selbst Großunternehmen wie Siemens laufen weiter - Nicht Konstruk- tion und Planung in Homeoffice, son- dern auch die Produktion vor Ort - Kon- takte nicht nur am Arbeitsplatz sondern „überall“.

Maskenpflicht? Für wen? Hol- und Bringeservice für die die es sich lei- sten können; Gedrängel und Chaos wie gewohnt in den Supermärkten. - Ohne Konzept, außer einem: „The Show Must Go On“.

Kontaktverbote? Trotz bestätigter und überzeugender Hygienekonzepte (anders als im Handel „von Waren des täglichen Gebrauchs“) bleiben alle Kul- tureinrichtungen geschlossen - Kontak- te finden trotzdem statt - unkontrolliert in den heimischen 4 Wänden.

Bildung? Wieder sind es Klassenunter- schiede! Arm gegen reich: Wie sagen mache Bildungspolitiker: Es braucht kei-

ne Versetzung für alle Schüler; die Leh- rer*innen sind in der Lage einzuschät- zen, wer das Niveau für die Versetzung hat ...

„**Homelearning**“ - nicht nur eine Fra- ge der Technik, sondern eine Frage der Förderung. Auch hier gilt: Wer hat kann es sich leisten - bis hin zu einer „Lern- begleitung“ (eine zusätzliche Person pro Haushalt sind ja statthaft); Kindern aus sozial schwachen, oft nicht nur mit materiell sondern auch bildungsmäßig schwächeren Elternhäusern bleiben auf der Strecke. Der Lehrer schätzt ja ein, wer das Niveau für die nächste Klassen- stufe erreicht hat.

Mehr Beispiele gewünscht - das Papier spare ich mir.

Was wir brauchen: Konsequenz im Han- deln; sozial gerechte Organisation der Maßnahmen. Milliardäre haben ihre Milliarden nicht erarbeitet sondern von Millionen „Arbeitnehmern“ abgepresst - pressen wir die für die Pandemiebe-

kämpfung nötigen Milliarden den Milliar- dären ab.

Nur mit einem konsequenten Lockdown ist das Ziel „keine Neuinfektionen“ zu erreichen.

Wissenschaftler und Aktivisten in Deutschland, Österreich und Schweiz starteten eine Kampagne für europäi- schen Lockdown gegen Corona. Bereits am ersten Tag unterzeichneten 17000 Menschen den Aufruf unter www.zero-covid.org. Unter dieser Adresse sind alle Informationen nachzulesen und der Auf- ruf kann unterzeichnet werden. Ich habe mich dem Aufruf bereits angeschlossen.

Winfried Bruns



Holzbau-Kompetenzzentrum in Niesky errichten



Antonia Mertsching, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

Am 16.12. hat der Sächsische Landtag auch mit den Stimmen der Linksfraktion einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, in dem es um die Stärkung des Holzbaus in Sachsen geht (Landtags-Drucksache 7/4259).

Der Landtag stellt sich damit hinter die Aktivitäten des Staatsministeriums für Regionalentwicklung, das unter anderem die Errichtung eines Holzbaukompetenzzentrums anstrebt. Im Antrag heißt es dazu: „Mit den Aktivitäten des Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Errichtung eines Holzbaukompetenzzentrums werden die im Freistaat Sachsen vorhandenen Kompetenzen beim Holzbau zusammengeführt und miteinander vernetzt.“

Dazu erklärt Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion: „Holz ist ein ökologischer und nachwachsender Rohstoff – mehr Holzbau und entsprechende Aufforstung hilft also nicht nur der regionalen Wirtschaft, sondern uns allen im Kampf gegen die Klimaerhitzung. Deshalb unterstützen wir das Ansinnen der Staatsregierung, den Holzbau zu fördern.

Wir haben schon Holzbauexpertise im Freistaat – doch leider wird diese nicht ausreichend genutzt. Das Konrad-Wachsmann-Haus in Niesky betreibt Spitzenarbeit, hat internationale Netz-

werke aufgebaut und deswegen sollte mit den Mitteln für den Strukturwandel über die StEP-Richtlinie das Holzbauzentrum in Niesky errichtet werden! Ein solches Vorhaben würde dem Anspruch dienen, Forschung und Entwicklung in der Region anzusiedeln, um jungen Menschen eine gute Ausbildung und Studium in einer zukunftssträchtigen und nachhaltigen Industrie zu ermöglichen. Unsere Region ist hinsichtlich des Holzbaus so etwas wie eine Offenlandausstellung und bietet zudem ausreichend Möglichkeiten, um aufzuforsten, zum Beispiel durch Umwidmung des Truppenübungsplatzes!

Wir fordern also, das Holzbau-Zentrum in Niesky zu errichten. Bei dieser Maßnahme und bei allen weiteren drängen wir auf die rechtzeitige Einbindung der lokalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie der Bevölkerung durch die Staatsregierung! Es darf nicht zu einem neuen Kommunikationsdesaster kommen, wie wir es beim Testzentrum für Eisenbahntechnik in Sachsen erleben mussten.“

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

Sachsen schuldet KohleKonzernen wie der MIBRAG keinen Dank!

Das Wirtschaftsministerium informiert am 21. Januar über die Entscheidung der MIBRAG, die Braunkohle unter den Ortschaften Pödelwitz und Obertitz doch nicht abzugeben, weil sie vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs nicht mehr benötigt wird. Minister Martin Dulig ruft: „Danke MIBRAG!“ Dazu sagt Marco Böhme, Sprecher der Linksfraktion für Klimaschutz und Energie: „Die MIBRAG hat sich großzügig dafür entschieden, die – zu weichen – politischen Vorgaben zum Kohleausstieg umzusetzen. Es ist das Geschäftsmodell von KohleKonzernen wie MIBRAG und LEAG, aus der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profit zu schlagen. Damit will man nun etwas früher aufhören und immerhin zwei Ortschaften erhalten. Minister Dulig dankt dem Unternehmen auch noch dafür – das ist nur noch peinlich. Wir bleiben bei unserer Forderung: Der Freistaat muss in diesen Räumen auf der Grundlage von § 48 Absatz 2 Bundesberggesetz

alle bergrechtlichen Bestrebungen, die Gewinnung von Braunkohle zu genehmigen, unterbinden.“

Antonia Mertsching, Sprecherin für die Themen Lausitz und Strukturwandel, fügt hinzu: „Wir freuen uns darüber, dass Pödelwitz und Obertitz erhalten bleiben – aber wir vergessen nicht Mühlrose. Auch die Kohle unter diesem Ort muss und kann nicht mehr verfeuert werden. Wir erwarten von der Staatsregierung, dass sie auch gegen diese drohende Abaggerung kämpft. Die LEAG kann ja gern ihre Wünsche anmelden. Aber die Befriedigung von Profitinteressen ist keine ausreichende Rechtfertigung für die Zerstörung von Ortschaften. Den Antrag unserer Fraktion, Mühlrose, Pödelwitz und Obertitz zu retten (Drucksache 7/2099), hatte die Koalition im September niedergestimmt.“

Pressemitteilung MdL Marco Böhme & MdL Antonia Mertsching

Neu: Anekdote aus dem Landtag

Die Abgeordneten trafen sich das erste Mal in diesem Jahr am 7. Januar 2021 zum Plenum. Auf der Tagesordnung stand nicht nur die Einbringung des Haushalts und Überweisung in die Ausschüsse (der Haushalt soll dann im Mai verabschiedet werden), sondern auch der Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie.

Nachdem die CDU ihr Handeln in der Pandemie weiter lobhudelte, keine Fehler eingestand und die Infektionszahlen anhaltend hoch waren, feierte sich die AfD ein weiteres Mal für ihre wirklich sehr widersprüchliche Corona-Politik. Wir rollten schon wieder mit den Augen als es Genosse Schulle entglitt: Bei diesen Zuständen in Sachsen, fragt man sich, wie es so ein Virus hier überhaupt so lange aushalten kann!

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

DIE LINKE mahnt: In Digitalisierungsfragen Menschen mit Behinderung nicht vergessen!

Anlässlich des 03. Dezembers, welcher der internationale Tag für Menschen mit Behinderung ist, mahnt die Linke Anbieter*innen von digitalen Inhalten an, Barrierefreiheit gezielter umzusetzen.

„Es beginnt ja schon bei unserer Stadthomepage, obwohl hier bereits versucht wird auf Belange von Menschen mit Behinderung einzugehen, so sucht man doch vergebens die Erklärung zur Barrierefreiheit der Website.

Diese hätte eigentlich, laut der barrierefreien Informationstechnik Verordnung, spätestens ab dem 23. September 2020 online sein müssen.“, so Mirko Schultze Landtagsabgeordneter der Partei Die Linke. Schultze mahnt weiter, dass besonders unter Berücksichtigung der aktuellen Corona Situation und der damit einhergehenden Verlegung auf online Medien, Menschen mit Behinderungen viele Zugänge verwehrt blieben. „Die meisten E-Learning Plattformen sind nicht barrierefrei und schließen somit Betroffene von Bildung aus. Hinzu-



Mirko Schultze, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen kommt, dass viele Privatanbieter*innen ihre Geschäfte immer mehr online abwickeln und verlangen, ohne dafür Barrieren abzubauen. Hier werden Menschen mit Behinderung systematisch von der Teilhabe an Gesellschaft ausgeschlossen.

sen. Es gibt mittlerweile genug gesetzliche Grundlagen und Organisationen welche unterstützen bei der Gestaltung von barrierefreien Inhalten. Wer sich also hinstellt und sagt er wüsste nicht wie man Barrierefreiheit im digitalen Raum herstellt muss nur mal online recherchieren. Ende nächsten Jahres soll der erste Prüfbericht des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik veröffentlicht werden. Wir werden diesen Prüfbericht genau betrachten und Schlussfolgerungen für unsere Forderungen ziehen.“, meint Mirko Schultze.“

Pressemitteilung MdL Mirko Schultze

Nicht mal daran gedacht, die Chance zu nutzen.

Corona hat wenig gute Seiten und wenn es um Finanzen geht eigentlich gar keine, sieht man mal davon ab, dass wir zumindest die Ansätze zu einer Verteilungsdebatte und einen Aufschwung der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens erleben. Für die Finanzausstattung der Kommunen und damit für die Grundlage kommunalen Lebens ist Corona verheerend. Leider sind sächsischer Städte- und Landkreistag wieder nicht ihrer eigentlichen Funktion gerecht geworden, sondern haben sich als Schutzgesellen der Staatsregierung generiert. Noch nie waren, wenn auch aus der Not heraus, die Möglichkeiten so gut die Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden neu zu ordnen. Man hätte Wichtiges fördern, eher Nachrangiges zurückfahren und finanzielle Programme bzw. deren Finanzen wieder in die Hände derer legen können die jetzt während der Pandemie wie mit einem Brennglas sehen was wichtig und was nicht ist, den Gemeinden und ihren Bürger:innen. Aber nein Sachsen bleibt sich treu, der König muss glänzen egal ob das Volk verhungert.

Pressemitteilung MdL Mirko Schultze

Mirko Schultze

DIE LINKE sorgt sich um Essen für Kinder aus armen Familien

Aufgrund der in der aktuellen Infektionslage in Sachsen richtigen Entscheidung, die Schulen weiterhin geschlossen zu halten sieht die Linke Probleme für Kinder und Jugendliche aus Familien, die nur mit wenig Geld auskommen müssen. Geschlossene Schulen bedeuten auch der Wegfall von Schulessen, für Minderjährige, deren Familien Grundsicherung, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten ist nach aktueller Rechtslage das Mittagessen an Schulen kostenfrei.

Mirko Schultze, Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion der Linken dazu: „Eigentlich besagt die aktuelle Regelung zur Mittagsversorgung, dass bei Ausfall des Präsenzunterrichts die Schüler*innen ihr Mittagessen nach Hause geliefert bekommen sollen. Jedoch laut Aussage verschiedener Eltern die an uns heran getragen wurden, funktioniert dies nicht. Bereits nach dem ersten Lockdown hätten Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dies zu ändern – zum

Beispiel für bedürftige Familien einen dringend benötigten finanziellen Ausgleich für den Wegfall der Mahlzeiten zu schaffen – doch dies ist nicht passiert. Damit gehen gerade die finanziell schwächsten in einem weiteren Bereich leer aus und werden am härtesten von der Corona-Krise getroffen.“

„Zusätzlich zu dem wegfallenden Mittagessen kommen noch coronabedingt Mehrkosten dazu unter denen gerade Geringverdienende und Erwerbslose leiden müssen. Obst- und Gemüsepreise sind im letzten Jahr deutlich gestiegen, Schutzartikel wie Mund-Nasen-Masken oder Desinfektionsmittel kosten Geld. Auch viele weitere Hilfsangebote sind coronabedingt weggefallen. Es ist 5 vor Zwölf für viele Familien. Hier muss Hilfe mit besonderen Engagement greifen nicht nur im Normalbetrieb laufen.“



Für tagesaktuelle Informationen aus dem Landtag, Kreistag oder Görlitzer Stadtrat folgt Schulle bei Twitter: @schullegr

Bericht aus dem Kreisvorstand:



Der Kreisvorstand auf dem letzten Kreisparteitag im November 2019

Der Kreisvorstand im Januar hatte sich mit der Vorbereitung der Kreiswahlversammlung beschäftigt. Wir haben uns in Abstimmung mit den Ortsverbänden und dem Gesundheitsamt des Landkreises Görlitz für die Verschiebung der Kreiswahlversammlung vom 30. Januar auf den 27. März entschieden.

Daneben gehen die Vorbereitungen zur Bundestagswahl weiter. Am 18. Januar hatten wir einen digitalen Austausch mit Genoss*innen von unserer Wahlstrategie für den Kreisverband. Wir sind bisher der einzige Kreisverband der eine solche Wahlstrategie erstellt hat. Die Motivation für die Wahl ist hoch. Wir wollen eine zukunftsorientierte Linke repräsentieren. Den Austausch werden wir in den kommenden Monaten fortsetzen. Dabei werden wir sowohl Aktionen auf der Straße als auch analoge und digitale Öffentlichkeitsarbeit organisieren.

Marko Schmidt

Bericht aus dem Kreistag: 16.12. Landkreis Görlitz zahlt die Rechnung für verfehlte Bundespolitik und Corona bedingte Mehrausgaben

Aufgrund der Corona-Situation wurde festgelegt, dass der Kreistag maximal 120 Minuten dauern sollte und nicht behandelte Tagesordnungspunkte, wie der Antrag der LINKEN „Bereitschaft des Landkreises zur Aufnahme minderjähriger Geflüchteter“, zur nächsten Kreistagsitzung aufgerufen werden.

Landkreis Görlitz zahlt die Rechnung für verfehlte Bundespolitik und Corona bedingte Mehrausgaben

Der Kreistag beschloss die überplanmäßigen Aufwendungen im Budget „Hilfe zur Pflege“ in Höhe von 2,1 Millionen Euro. Der erwartete Fehlbetrag beläuft sich auf 3,45 Millionen Euro. Durch die Einsparungen an anderer Stelle steht ein Defizit von 2,1 Millionen Euro zu Buche. Bezeichnend für die Finanzsituation des Landkreises „Somit verbleiben 2,1 Millionen Euro Mehrausgaben ohne derzeitigen Deckungsvorschlag“. Bedeutet nichts anderes, der Landkreis kann derzeit nicht sagen, wo er das Geld dafür hernehmen soll. Unser Fraktionsmitglied Jens Hentschel-Thöricht äußerte sich im Vorfeld per Pressemitteilung zu dieser Beschlussvorlage. DIE LINKE stimmte der Beschlussvorlage zu.

Beschluss zur Verwendung pandemiebedingter Mehrausgaben

Der Kreistag bestätigte die vorläufige Verwendung der als Ausgleich der Belastungen aus pandemiebedingten Mehrausgaben gewährten Zuweisungen in Höhe von 9,21 Millionen Euro. Den größten Anteil an den Mehrausgaben nehmen die Personalkosten ein.

Dr. Rainer Harbarth dankte im Namen der LINKEN allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, die derzeit eine extrem hohe Arbeitsbelastung aufgrund der Corona-Situation haben.

Für Fragen und Anregungen stehen die Fraktionsmitglieder gern bereit. Der Geschäftsführer der Fraktion Jens Hentschel-Thöricht ist unter 03583586017 oder per Email kreistagsfraktion[at]die-linke-goerlitz.de zu erreichen.

DIE LINKE ist die soziale Alternative für Sie im Landkreis Görlitz – für Sie und ihre Anliegen

Nächster Kreistag: 31.3., 15:00

Jens Hentschel-Thöricht

LINKE im Kreistag appelliert an Nächstenliebe und möchte 50 minderjährige Geflüchtete aufnehmen

6. Dezember – Nikolaustag. Überlieferungen zufolge soll Nikolaus sein gesamtes ererbtes Vermögen den Armen gegeben haben. Berichtet wird, wie er Armen geholfen, wie er eine Hungersnot abgewandt und sogar Tote auferweckt habe.

An Nächstenliebe und die innere Einkehr appellierend, gerade zur Weihnachtszeit, hat die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz als Anlass genommen, den Antrag „Bereitschaft des Landkreises

Görlitz zur Aufnahme minderjähriger Geflüchteter“ an die Landkreisverwaltung einzureichen.

Mit diesem Antrag fordern DIE LINKEN, dass sich der Kreistag Görlitz zur humanitären Notlage in den griechischen Geflüchtetenlagern bekennt. Aufgrund dieses Bekenntnisses sollen 50 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland zusätzlich zu den erfolgreichen Zuweisungen des Bundes und des Freistaats aufgenommen und in den Aufnahmeeinrichtungen des Kreises un-

tergebracht werden.

Mirko Schultze, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Görlitz: „Die Vorweihnachtszeit ist für viele Menschen die Zeit nachzudenken und innere Ruhe zu finden. Es ist auch die Zeit, an Bedürftige nicht nur zu denken, sondern aktiv zu handeln. Nikolaus half den Armen, der Landkreis Görlitz kann Geflüchteten helfen. Wir sollten diese Chance unabhängig von Parteizugehörigkeit und politischen Auseinandersetzungen nutzen.“

Pressemitteilung der Kreistagsfraktion

LINKE im Kreistag fordert „Gerechte Entlohnung - tarifliche Anpassung auch bei den (freien) Trägern“

Die Linksfraktion im Kreistag Görnitz hat einen entsprechenden Antrag beim Landrat eingereicht.

Ziel ist es, den Landrat mit der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu beauftragen, dass die (freien) Träger von Projekten, Angeboten und Hilfen, die sie für den Landkreis übernommen haben, in die Lage versetzt werden, die aktuellen tariflichen Anpassungen an ihre Mitarbeiter weiterzugeben. Insbesondere soll geprüft werden, ob die tariflichen Anpassungen an Träger der freien Jugendarbeit, Freiberufler*innen, Träger der Sozialhilfe und Kindertageseinrichtungen, die im Auftrag des Kreises, jedoch in freier Trägerschaft Leistungen erbringen, finanziell in der Art unterstützt werden können, dass auch sie die tariflichen Anpassungen umsetzen können.

Mirko Schultze, Vorsitzender der Linksfraktion: „Gute Arbeit muss gut bezahlt werden, egal ob in der Kernverwaltung oder bei den Leistungserbringern. Beide arbeiten für den Landkreis. Während die Mitarbeiter*innen des Landkreises automatisch von den tariflichen Anpassungen profitieren, müssen die Erbringer von Leistungen für den Landkreis (freie Träger), diese Lohnsteigerungen erst mit beantragen und/oder ausverhandeln. Im schlimmsten Fall gehen die Mitarbeiter*innen dann leer aus. Allerdings sollte das Prinzip gleiche Arbeit bzw. Leistung, gleicher Lohn in unserem Landkreis gelten.“

Pressemitteilung der Kreistagsfraktion



Wie wollen wir in die Bundestagswahl gehen? Überlegungen zur Wahlstrategie des Kreisverbandes

Seit Ende letzten Jahres arbeiten wir im Kreisvorstand intensiv an der Wahlstrategie für unseren Kreisverband. Für den 18. Januar hatten wir zu einem digitalen Austausch die Genoss*innen eingeladen. Dieser Einladung sind 15 Mitglieder gefolgt und wir konnten intensiv über unsere strategische Ausrichtung diskutieren.

Es wurde klar: die CDU wird mit der AfD um das Direktmandat kämpfen. Beide Parteien werden dafür alle Mittel in die Hand nehmen, die ihnen zur Verfügung stehen. Wichtig ist daher für uns, den dritten Platz sicher zu halten. Wir wollen vor allem Stimmen für unsere Inhalte gewinnen. Diese stehen bei uns im Vordergrund und wir kämpfen für eine starke Fraktion der LINKEN im Bundestag. Es gilt in den kommenden Monaten Bürger*innen von unseren Inhalten zu überzeugen. Dabei sind diejenigen anzusprechen, die sich eher von den Parteien abwenden.

Wir stehen an der Seite der sozialen Berufe und der niedrig bezahlten Dienstleistungen, die als Arbeitnehmer*innen eine große Gruppe im Landkreis darstellen. Wir kämpfen mit den Empfänger*innen von Sozialleistungen, Aufstocker*innen und Menschen die gerade noch den Mindestlohn bekommen. Dabei sind wir an der Seite derjenigen, die sich einbringen wollen. Egal ob sie das durch eigene Initiativen, in der Soziokultur oder im Rahmen der Bürger*innenbeteiligung und für eine demokratische Zukunft tun.

Inhaltlich werden wir uns an der Schwerpunktlegung des Bundesverbandes orientieren. Diese sind zwar noch nicht fest, deuten sich aber bereits an (Friedliche Außenpolitik, Sinnvolle Gute Arbeit, Ungleichheit ist unsozial, Klimaschutz geht nur sozial gerecht, Demokratie und Solidarität statt Ausgrenzung, Gesundheitsschutz und soziale Absicherung). Wir werden diese Schwerpunkte mit lokalen Komponenten unterlegen.

Mit Rücksicht auf die Corona-Situation organisieren wir unseren Wahlkampf mit starken digitalen Elementen, die gleichberechtigt neben analoger Werbung und Veranstaltungen vor Ort stehen.

Meldet euch bei uns, wenn ihr Ideen für Methoden oder Inhalte des Wahlkampfes habt: Welche Aktion wollt ihr gern durchführen? Was hat euch bisher gut gefallen und soll wieder gemacht werden? Wen sollten wir unbedingt zur inhaltlichen Diskussion einladen? Welche Formate sollten wir online präsentieren?

Alle, die sich aktiv in den Wahlkampf einbringen wollen, können sich unter 03576 216 28 93 oder kgf@dielinke-gornitz.de an unseren Kreisgeschäftsführer Marko Schmidt wenden.

Marko Schmidt & Sebastian Schwalbe

Abgrenzung zur AfD muss sichtbar werden!

Zu den Entwicklungen im Zittauer Stadtrat und zu den Vorwürfen an die linke Stadtratsfraktion, erklärt die Kreisvorsitzende Antonia Mertsching:

„Nach mehreren Zuschriften und Zeitungsberichten, die uns erreichten, haben wir den Kontakt zu unserer Stadtratsfraktion aufgenommen und uns ihre Sicht auf die Situation darstellen lassen. Ergebnis des Austauschs ist eine gemeinsame Erklärung (im Anhang). Deutlich wird in jedem Fall der Anspruch an die Stadtratsfraktion, dass von ihr eine klare und deutliche Abgrenzung zur AfD gefordert ist. Außerdem werden wir die Angebote zur Weiterbildung unserer Kommunalpolitiker*innen konkretisieren und zu speziellen Themen ab Januar neue digitale Formate des Austauschs auflegen.“

Damit ist unser Engagement als Kreisverband in Zittau natürlich nicht beendet, sondern es ist erst der Anfang. Sobald die Corona-Pandemie es zulässt, werden wir eine Gesamtmitgliederversammlung in Zittau einberufen, um den Austausch zwischen Stadtratsfraktion und Parteimitgliedern über die politische Arbeit auf neue Gleise zu setzen. Allen, die uns kontaktiert haben, werden wir auch einen persönlichen Austausch anbieten. Über das Format beraten wir uns derzeit noch.“

Günther Giese - 30 Jahre aktiv für DIE LINKE



Befragt nach dem bekanntesten linken Gesicht der Linken in Niesky und Umgebung würden auch Außenstehende ohne Zweifel zuerst Günther Giese nennen. Seit 1990 hat Günther linker Politik in unserem Kreis seinen ganz eigenen Stempel aufgedrückt. Jahrzehntelang gestaltete Günther als Abgeordneter im Stadtrat Niesky und Ortschaftsrat See, als Aktivposten der Partei auf allen Ebenen, besonders als Mitglied in vielen Kreisvorständen der Partei auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Görlitz und zuletzt als Vorsitzender des Ortsverbandes Niesky rastlos linke Politik. Nicht zu zählen sind die Stunden, die Günther in Gremienberatungen und auf Parteitagen im Bund, Land und Kreis zugebracht hat. Unüberschaubar wären die Berge von Papier, die Günther in seinen diversen ehrenamtlichen Funktionen für unsere Partei gelesen, bearbeitet oder selbst beschrieben hat. Und darüber hinaus war er immer auch praktisch-zupackend: Regelmäßig stand Günther z.B. anlässlich von Wahlen gemeinsam mit anderen unter unserem roten Schirm an Info-Ständen auf dem Platz der Jugend in Niesky. Material verteilen und Plakate aufhängen – auch das ist ihm nicht fremd. Und als wäre das nicht Herausforderung genug, hat sich Günther auch viele Jahre als Vorsitzender des Heimatvereins in See für einen aktiven, lebens-

werten Ortsteil eingesetzt. Was wohl alle, die mit Günther zusammentreffen, besonders schätzen, ist seine wohlthuend ruhige, immer sachliche und konstruktive Art der Problemlösung. Günther Giese ist deswegen und natürlich wegen seiner politischen Geradlinigkeit und Zuverlässigkeit weit über unsere Parteigrenzen hinaus anerkannt.

Im vergangenen Jahr vollendete Günther sein achtzigstes Lebensjahr. Zeit also, Günther nach 30 Jahren unermüdlichem politischen Engagement zu entlasten und den Staffelstab zu übernehmen. Auch wenn aktuell keine Gremienwahlen durchgeführt werden können, auch wenn die Strukturdebatte im Kreisverband wegen Corona zum Erliegen gekommen ist, hat der Ortsverband Niesky die Leitung der Parteiarbeit im Altkreis Niesky nun in die Hände von Kathrin Kagelmann gelegt.

Lieber Günther, der Kreisvorstand der LINKEN Görlitz bedankt sich herzlich für Deine Unterstützung in der Vergangenheit und wir bauen gleichzeitig auf Deinen Rat in der Zukunft. Aber zuerst wünschen wir Dir und Deiner Familie vor allem viel Gesundheit!

Kathrin Kagelmann, Stellv. Kreisvorsitzende

Zittau: DIE LINKE verlässt empört die Ratssitzung

Der Tagesordnungspunkt „Auswertung / Abrechnung der Bewerbung Zittaus als Europäische Kulturhauptstadt 2025“ sorgte für einen Eklat im Zittauer Stadtrat.

Die seit langem von den Fraktionen FFF und DIE LINKE geforderte Abrechnung der Kulturhauptstadtbewerbung wurde im Stadtrat vorgestellt. In der kontroversen Diskussion musste Oberbürgermeister Zenker (Zkm) zugeben, dass im Rahmen der Bewerbung ca. 35.000 Euro mehr ausgegeben wurden, als der Stadtrat für die Bewerbung per Beschluss befürwortet hat.

„Es ist für unsere Fraktion nicht hinnehmbar, dass sich der Oberbürgermeister über Stadtratsbeschlüsse durch die Mehrausgabe tausender Euro hinwegsetzt. Der Stadtrat in Gänze ist das höchste Gremium der Stadt, nicht der Oberbürgermeister. Er kann nicht nach Belieben über mehrere zehntausende Euro der Stadt und damit der Bevölkerung eigenmächtig am Stadtrat vorbei verfügen.“

Aus Protest zu diesem für uns offenkundigen Fehlverhalten haben die Mitglieder der Linksfraktion die Stadtratssitzung am 26.11.2020 verlassen“, so der Fraktionsvorsitzende Jens Hentschel-Thöricht.

Pressemitteilung der Stadtratsfraktion Zittau



Zum Geburtstag:

Am 24. Februar 2021 begeht unser

Genosse Horst Jannack

seinen 80 Geburtstag. Dazu gratulieren ihm der Ortsvorstand der Region Weißwasser und die BO Boxberg sehr herzlich, danken ihm für seine stete Einsatzbereitschaft, sein Engagement für die Partei im Kreis als Vorsitzender in der BO und für die Gemeinde Boxberg.

Der Ortsvorstand Weißwasser

„Ich war, ich bin, ich werde sein.“



Trotz Corona und deshalb mit Maske gedachte der Ortsverband Weißwasser am 15. Januar Rosa & Karl.

Mit Abstand gedachten am 15. Januar die Genossen des OV Weißwasser Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Friedhof in Weißwasser mit einer angemeldeten Versammlung. Diese beiden Kämpfer*innen für Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit wurden am 15. Januar 1919 brutal von Angehörigen der rechtsextremen Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet. "Wir sind eine Partei des Klassenkampfes und nicht der angestammten Rechte", sagte Rosa Luxemburg. Leider müssen wir konstatieren, dass nationalistisches und rechtes Gedankengut mit dem Ende des Faschismus nicht verschwunden sind. Es überlebte und hat es heute wieder zu einer neuen, erschreckenden Verbreitung geschafft. Angriffe auf die Demokratie am Reichstagsgebäude, im Kapitol, in Halle oder

Hanau und weiteren Orten mahnen: Niemals dürfen wir uns mit dem Menschenhass und der Verächtlichkeit von Nazis und Rechten gemein machen, niemals dürfen wir ihnen Platz lassen - keinen Millimeter. Wir brauchen eine klare Brandmauer gegen die rechte Hetze - auf der Straße und in den Parlamenten. Rosa Luxemburg hat ihre Hoffnung in die Menschen nie aufgegeben - wir sollten es ihr gleichtun. »Ich war, ich bin, ich werde sein« - so beendete Rosa Luxemburg ihren letzten Artikel nach der Niederschlagung des Januaraufstandes. Wir werden ihrer immer gedenken und sie NIE vergessen! Auch nach mehr als 100 Jahren nicht.

Heike Krahl

Ein mutiges Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Der OV der Region und die BO WSW trauern mit unserem Genossen Manfred, den Töchtern mit ihren Familien um unsere Genossin

ELISABETH MENZEL

Wir verlieren mit ihr eine aktive Mitstreiterin, die mit voller Einsatzbereitschaft für die Belange unserer Partei kämpfte. Sie war viele Jahre Mitglied des Ortsvorstandes, sie gehörte dem Redaktionsteam Links der Neiße an und nicht zu vergessen galt ihre ganze Liebe der Literatur.

Mit ihren Ehemann Manfred gestaltete sie Frauentags-, 1. Mai- und Sommerfeste, Wahl- und andere Veranstaltungen mit ihren Buchbasaren, die immer gut besucht und gefragt waren.

Elisabeth war es auch, die jahrelang Wahlmaterial zum Verteilen vorbereitet hat, auf deren Arbeit man sich hundertprozentig verlassen konnte.

Viel engagierte Elisabeth sich im Seniorenclub in Weißwasser. Bei Kreisparteitagen war sie allen bekannt als Mitglied der Mandatsprüfungskommission und als Aktive bei Cuba si

Elisabeth, wir werden dich vermissen.



Erwartet Boxberg ein trojanisches Pferd?

Seit fast einem Jahr wird der öffentliche Diskurs von einem Thema beherrscht: Corona. Andere Themen sind an den Rand gerückt, so die spürbare Erderwärmung, der sich vollziehende Klimawandel oder der langsam anlaufende Strukturwandel infolge des Kohleausstiegs in der Lausitz. Doch einiges rührt sich trotzdem. So ließ im Oktober 2020 die LEAG (Lausitz Energie ehemals Vattenfall) mit der Meldung aufhorchen, am Standort des Kraftwerkes Boxberg die Blöcke Q und R, die bis 2038 weiterlaufen sollen, zum Mitverbrennen von Sekundärrohstoffen aufzurüsten. Geplant sind 300.000 t Ersatzbrennstoffe

aus aufbereitetem kommunalem und gewerblichem Abfall pro Jahr aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin einzusetzen. Als Begründung wird angeführt, dass somit Braunkohle eingespart und ein positiver Beitrag zum Umweltschutz und Einsparung von CO2-Emissionen geleistet wird. Das hört sich erstmal gut an, wirft aber Fragen auf. Laut einer Antwort der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage (DS 7/4477) von Toni Mertsching wird mitgeteilt, dass es sich um „heizwertreiche Abfälle wie Kunststoffe, kleinere Holzstoffe, Pappe und Papier“ handeln soll. So sollen die Ersatzbrennstoffe auf einen Heizwert von 10.000

- 18.000 Kilojoule kommen. Zum Vergleich: Braunkohle hat im Schnitt 9.000 Kilojoule. Wenn die Ersatzbrennstoffe so hochkalorisch sind, setzen sie beim Verbrennen auch CO2 frei - wo ist dann die umweltentlastende Einsparung? Außerdem sollen vor allem Kunststoffe vorrangig recycelt werden, ebenso wie Pappe, Papier und Holz. Außerdem entsteht beim Antransport mit LKW auch Umweltbelastung durch Abgase, Lärm und Straßenbelastung, die in die Gesamtbilanz einbezogen werden muss. Es bleibt also fraglich, ob es sich bei dem tollen Projekt nicht doch um ein Trojanisches Pferd handelt.

Sabine Kunze

Gelten Menschenrechte nicht für Geflüchtete?



Europa hat eine Seite, die die Menschenrechte missachtet aber es gibt Menschen, die das so nicht akzeptieren, die helfen und von den Menschenrechtsverletzungen berichten.

Ob **Alea Horst, Reporterin** aus Bihac oder Lesbos berichtet: Es sieht aus wie „Endzeit-Stimmung“, Apokalypse. Und so ist es auch. Wenn Menschenrechte nur für Europäer gelten und man versucht mit Abschreckungs-Strategie die Menschen absichtlich leiden zu lassen. Wir sind tatsächlich am Ende der

Menschlichkeit angelangt. Heute allerdings schon und nicht erst in der Zukunft.

Oder **Susanne Seulberger**, die ihren Blumenladen aufgab, um zu helfen in Frankreich, Griechenland oder Bosnien, weil sie nicht tatenlos zusehen möchte. „Den Menschen hier geht es schlecht, viele sind krank“ Das liegt vor allem an der Schutzlosigkeit und den katastrophalen hygienischen Bedingungen. So gibt es etwa keine Toiletten oder fließendes Wasser.

In Frankreich und Bosnien werden den Geflüchteten sogar von der Polizei die Zelte weggenommen.

Gerhard Trabert hilft in Bosnien und erfährt von einem jungen Mann aus Marokko dass er eine massive Verbrennung am gesamten Körper erlitten hat. Grund dieser Verbrennung: Die bosnische Polizei hat, nach glaubhaften Angaben der Betroffenen, die in der Fabrikhalle aufgestellten Zelte angezündet. Dies diente der Vertreibung der geflüchteten Menschen. Jeden Tag erfahren wir von neuen Horrorerlebnissen geflüchteter Menschen in Bosnien. Es macht unglaublich wütend und traurig zugleich.

Oder die **Reporterin Irena Anderle**, die ständig nach Griechenland fliegt um zu helfen und von neuen Lagern berichtet, die Internierungslagern gleichen.

Es gibt viele Städte, die Geflüchtete aufnehmen wollen, aber nicht dürfen.

So bleibt oft nur, zu spenden.

Geld und Sachen.

Viele Sachen habe ich gesammelt, mit Rita sortiert und dann nach Dresden gebracht, wo die Human Aid Collective e.V Lager hat und dann die Sachen europaweit in die Camps transportiert oder sogar in Krisengebieten wie Libanon, Syrien, Jemen...

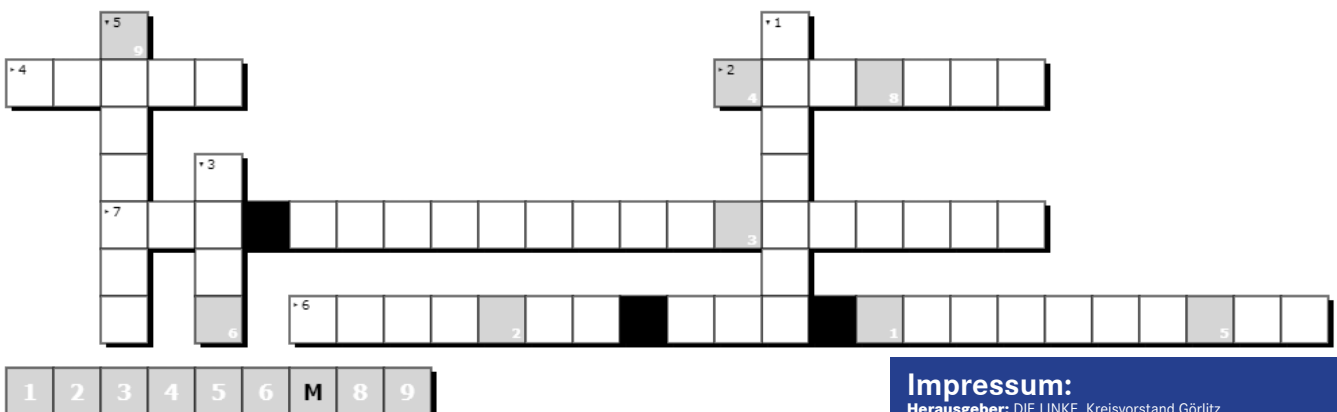
In Weißwasser hat die Landtagsabgeordnete ihre Räume zur Verfügung gestellt, um die gespendeten Sachen zu sammeln und damit die Sachen dort sortiert werden können.

Da die Menschen in den Lagern die Sachen oft nicht waschen können, werden sie bis zum Verschleiß getragen und dann werden neue benötigt, die Kälte, die den Menschen zusetzt, kann mit Decken und Schlafsäcken oder Betten gelindert werden.

Wer seinen Schrank dahingehend aussortiert, kann gern die Sachen abgeben und dann werden diese ebenfalls via Dresden oder Berlin, wo es eine private HelferIn gibt, zu denen gebracht, die die Sachen dringend benötigen.

Natürlich dürfen auch Hygiene- und Kosmetikartikel gespendet werden.

Heike Krahl



01. Wer sich nicht bewegt, spürt sein ... nicht!“ Rosa Luxemburg
02. In welcher Stadt wurde Karl Liebknecht geboren?
03. In welcher Stadt promovierte Karl Marx?
04. Wo wurde am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet?
05. Bundestagswahlprogramm 2017: „Sozial. Gerecht. Für alle.“
06. Welcher Bundespräsident a.D. ist vor allem für sein klares Bekenntnis zum Tag der Befreiung bekannt?
07. Berühmtes Werk von Bertolt Brecht

Lösung in der nächsten Links der Neisse

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001



Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisvorstand Görlitz

Redaktion: Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl, Sebastian Schwalbe

Bitte alle Beiträge an:

linksderneisse@linksmail.de

Satz & Druck: Moving Fuchs Agentur

Auflage: 500 Stück

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: **25.3.21**

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: **1.4.21**

Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.

Unser Spendenkonto ist: **Spendenempfehlung: 1,50€**

DIE LINKE. Görlitz

Volksbank Löbau Zittau

IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08